

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 3 86 846 ppbn d



Inhalt

43. Jahrgang / 111

14. Juni 1988

Helmut Wiczorek MdB zu den Negativrekorden bei Abgabebelastung und Investitionen: Das „dicke Ende“ von Stoltenbergs Finanzpolitik. Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB zum Erfordernis der Begrenzung der Kosten im Gesundheitswesen: Konsequente Ökologiepolitik betreiben und gesünder leben. Seite 3

Dokumentation
Der Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Hans Büchler, hat in einer Rede vor der Landsmannschaft Mecklenburg Grundzüge der Deutschlandpolitik seiner Partei skizziert. Wortlaut Seite 4

Das „dicke Ende“ von Stoltenbergs Finanzpolitik

Zu den Negativrekorden bei Abgabebelastung und Investitionen

Von Helmut Wiczorek MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Abgabebelastung erreicht 1989 rechnerisch einen neuen Höchststand von 40,4 Prozent des Bruttosozialprodukts. 1982 waren es noch 40,2 Prozent. Damit wird deutlich, daß die Steuer-senkungen von 1986 und 1988 in einem undurchsichtigen Manöver wieder eingesammelt werden sollen.

Bürger und Unternehmer, die an die bei der Wende versprochenen nachhaltigen Entlastungen geglaubt haben, fühlen sich zurecht verschaukelt.

Höhere Verbrauchsteuern, die Einführung der Quellensteuer, steigende Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung addieren sich auf eine Mehrbelastung von 17,4 Milliarden DM 1989.

Einschließlich der im Gesetzentwurf zur Strukturreform im Gesundheitswesen vorgesehenen Rückverlagerung von mindestens

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleiher-Umwang
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



6,5 Milliarden DM Krankheitskosten auf die Versicherten beträgt die Mehrbelastung sogar 23,9 Milliarden DM. Das sind 1,1 Prozent des für 1989 erwarteten Bruttosozialprodukts.

Parallel zu den steigenden Abgaben läßt Stoltenberg die Investitionen verkommen. Die Bruttoanlageinvestitionen sind nach den jüngsten Angaben des statistischen Bundesamtes von 20,5 Prozent des Bruttosozialproduktes 1982 auf 19,2 Prozent in 1987 gefallen.

Bereits heute steht fest, daß die von der überzogenen Steuerreform völlig überforderten und von den explodierenden Sozialhilfeausgaben gebeutelten Gemeinden überhaupt keine andere Wahl mehr haben, als weitere tiefe Einschnitte in ihre Investitionspläne vorzunehmen.

Stoltenbergs völlig verfahrenere und perspektivlose Finanzpolitik ist damit gescheitert:

- Statt versprochener Entlastungen wird die Abgabenbelastung von Bürgern und Unternehmen 1989 ein neues Rekordniveau erreichen, -
- statt eines versprochenen nachhaltigen Anstiegs fällt die Investitionsquote auf einen neuen Tiefpunkt.

Dem völligen Versagen der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird durch diesen konjunkturpolitischen Zangenangriff mit höheren Abgaben und niedrigeren Investitionen nun die Krone aufgesetzt. Stoltenberg hat die öffentlichen Haushalte in ein heilloses Finanzchaos gesteuert, in dem sich selbst der größte Regierungsapparat aller Zeiten nicht mehr zu recht findet.

(-/11.6.1988/rs/ks)

* * *

Konsequente Ökologiepolitik betreiben und gesünder leben**Zum Erfordernis der Begrenzung der Kosten im Gesundheitswesen**

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung steigen überproportional an. Parallel dazu erhöhen sich die Beitragssätze. Teilweise sind bereits 16 Prozent des Bruttogehaltes an die Krankenkasse abzuführen. Deshalb muß, darüber gibt es keinen Streit, ein erneuter Versuch unternommen werden, den Kostenanstieg zu bremsen, möglichst so weit, daß in Zukunft die Beitragssätze nicht weiter nach oben klettern. Wie dieses Ziel erreicht werden kann, darüber wird mit außergewöhnlicher Heftigkeit gestritten. Von manchen Interessenverbänden sind dabei die Gebote des Anstands außer Acht gelassen worden.

Ich habe den Eindruck, daß niemand bisher den Stein der Weisen in der Hand hat. Meines Erachtens geht es nicht an, einem Kranken eine mögliche Behandlung aus Kostengründen zu verweigern. Es darf keine Rückkehr geben zu dem Satz: „Weil Du arm bist, mußt Du früher sterben.“ Es dürfen auch bei scheinbar leichten Wehwehchen vor den Arztpraxen und den Apotheken keine unangemessenen Kostenbarrieren errichtet werden, die eine rechtzeitige Behandlung verhindern. Bei den nötigen Maßnahmen darf nicht davon ausgegangen werden, daß Menschen grundlos den Arzt aufsuchen oder gar ohne dringende Veranlassung ins Krankenhaus wollen. Wenn es dazu kommt, daß medizinische Leistungen erbracht werden, die nicht erforderlich sind, dann liegt das im Zweifel nicht an den Patienten, sondern an denjenigen, die die Behandlungen vornehmen. Daraus folgt: Es ist falsch, gegen die Patienten vorzugehen. Man muß vielmehr die zur Kasse bitten, die unnötige, zu teure oder zu viel Diagnose- und Therapiemaßnahmen verordnen.

Damit soll nicht gesagt werden, daß es nicht erforderlich ist, das Kostenbewußtsein allgemein, auch bei den Patienten, zu schärfen. Ganz besonders erforderlich und wirksam ist es aber, für kostenbewußtes Verhalten derjenigen zu sorgen, die Gesundheitsleistungen erbringen. Nicht verkannt werden darf, daß der Altersaufbau unserer Bevölkerung mit dem nach wie vor steigenden Altersanteil sich unvermeidlich kostensteigernd auswirkt. Bedacht werden muß auch, daß die Fortschritte der Medizin in der Vergangenheit sehr häufig mit aufwendigeren Behandlungsmethoden erreicht worden sind. Wenn diese Tendenz anhält, - und dafür spricht manches -, dann liegt darin ein weiteres kostensteigerndes Moment.

Was die Kosten des Gesundheitswesens spürbar herabsetzen würde, wäre die beschleunigte ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft, der Übergang zu Produktionsmitteln und zu Produkten, durch die Natur und Mensch nicht immer mehr und immer gefährlicheren Schadstoffen ausgesetzt werden.

Und was not tut ist, daß wir alle gesundheitsbewußter leben, daß insbesondere unsere Kinder in ihren Familien, in den Kindergärten, in der Schule und in ihrer beruflichen Ausbildung eine intensive und zielgerichtete Gesundheitserziehung erfahren. Konsequente Ökologiepolitik und ein gesundheitsbewußtes Leben wären gewiß die wirksamsten Mittel zur Verbesserung der Volksgesundheit und damit zur Begrenzung der Kosten unseres Gesundheitswesens.

(-/11.6.1988/rs/ks)

DOKUMENTATION

Hans Büchler: Die zweite Phase der Deutschlandpolitik

Der Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, Hans Büchler, hat in einer Rede vor der Landsmannschaft Mecklenburg Grundzüge der Deutschlandpolitik seiner Partei skizziert. Wir veröffentlichen seine Ausführungen im Wortlaut.

Die Deutschlandpolitik geht in eine neue Phase. Sie kennen das Schlagwort von der zweiten Phase der Entspannung. Ich will mich darauf konzentrieren, was das für die Deutschlandpolitik bedeutet. Die erste Phase der Deutschlandpolitik dauerte, wie ich es sehe, von Anfang der 70er Jahre bis zum vergangenen Jahr 1987. Sie war gekennzeichnet durch den Moskauer und Warschauer sowie den Grundlagenvertrag mit der DDR; sie brachte die Aussöhnung mit dem Osten, einen Ausbau der Kooperation mit der DDR auf einer Reihe von Feldern zum beiderseitigen Nutzen und eine gewaltige Steigerung der menschlichen Kontakte über die DDR-Grenze hinweg.

Berlin wurde gesichert und konnte eine wesentliche Rolle im Entspannungsprozeß einnehmen. Gemeinsame Großprojekte und der Ausbau des innerdeutschen Handels führten zu einer weiteren Verbesserung der Beziehungen. Kurz gesagt: Es entstand in diesen Jahren ein haltbares Netz von Verträgen, Zusammenarbeit und menschlichen Kontakten, das sich als stabil auch in Krisenzeiten erwies.

Rückschläge gab es immer wieder. So wurden die innerdeutschen Beziehungen durch die Abgrenzungspolitik der SED, Menschenrechtsverletzungen und Schüsse an der Berliner Mauer, dem schrecklichsten Bauwerk der Neuzeit, immer wieder belastet. Die Diskussion um Aufrüstung, Nachrüstung und Raketen hat darüber hinaus in den frühen 80er Jahren das Klima beeinträchtigt.

Der Besuch von SED-Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr markiert das Ende der ersten Phase der Entspannungspolitik. Dies ist auch dadurch gekennzeichnet, daß Bundeskanzler Kohl Herrn Honecker in Bonn mit allen diplomatischen Ehren empfing. Der Rahmen für die zweite Phase der Deutschlandpolitik, in der wir bereits stehen, wird ferner durch das INF-Abkommen, die Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion, die innere Entwicklung in der Sowjetunion unter Gorbatschow und den KSZE-Prozeß, der gerade jetzt weitergeht, abgesteckt. In diesem Feld haben sich die beiden deutschen Staaten zu bewegen und ihre gegenseitige Politik zu bestimmen. Dies bedeutet Grenzen des Möglichen und Chancen zugleich.

Was stelle ich mir unter der zweiten Phase der Deutschlandpolitik vor?

Sie wird gekennzeichnet sein durch das Bemühen, den Menschen in der DDR Schritt für Schritt mehr Selbstbestimmung zu verschaffen. Selbstbestimmung ist ein großes Wort, das von manchen nur in Zusammenhang mit einer möglichen Wiedervereinigung gebraucht wird. Ich meine, Selbstbestimmung kann nicht am Ende stehen, Selbstbestimmung reicht vom Alltag des Menschen bis hin zur politischen Mitwirkung im Staat insgesamt. Darauf konzentrieren wir uns.

Meine Vorstellung ist: In der zweiten Phase der Deutschlandpolitik wird es in der DDR eine politische, wie auch kulturelle und wirtschaftliche Öffnung geben müssen. Politische Öffnung kann es nur nach außen und nach innen geben, nicht einseitig. Zur Öffnung nach außen gehören zum Beispiel mehr Zusammenarbeit im Umwelt- und Technikbereich, Vereinbarungen zur weiteren Verbesserung der Verkehrswege nach Berlin, das Schaffen von besseren Bedingungen für den Tourismus, Sport- und Jugendaustausch und mehr Städtepartnerschaften.

Öffnung bedeutet auch eine aktive Rolle im Rahmen des KSZE-Prozesses, wo es in Wien bei der Nachfolgekonzferenz gerade darum geht, den Entspannungsprozeß insgesamt voranzutreiben. In dieses

Kapitel gehören auch die Sicherheits- und Abrüstungsfragen, zu denen ich später noch komme. Durch eine politische Öffnung nach außen kann die DDR in den ausgehenden 80er und beginnenden 90er Jahren auch ihre internationale Position verbessern.

Dazu gehört aber auch die politische Öffnung nach Innen. Einige Beispiele, woran ich denke: Mehr Reisemöglichkeiten, zum Beispiel nach dem ungarischen Modell, das jedem Bürger in einem bestimmten Rahmen Westreisen ermöglicht. Bei der DDR ist dies noch immer stark an bestimmte Voraussetzungen wie den Verwandtschaftsgrad et cetera gebunden. Auch die Übersiedlerproblematik gehört in diesen Zusammenhang. Appell an die DDR: laßt Familien zusammenkommen. Das gehört zu den natürlichsten Forderungen an einen Staat.

Hier geht es zum Beispiel darum, mehr Rechtssicherheit im Übersiedlungsverfahren zu schaffen, das transparenter und berechenbar sein sollte.

Ich sprach von kultureller Öffnung: Das heißt, erweiterte Spielräume für Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle, keine Drangsalierung der Kirchen. Das heißt: Besser auf die Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen einzugehen und Feindbilder abzubauen. Das Dialogpapier zwischen SPD und SED, über das viel Falsches geschrieben worden ist, hat in diesem ganzen Kontext eine wichtige Rolle.

Es stellt an beide Seiten Anforderungen, was die Dialog-, Friedens- und Reformfähigkeit betrifft. Dabei haben die Aussagen zur Friedenspolitik, wonach Frieden nicht gegeneinander, sondern nur miteinander möglich ist, und diejenigen zur Kritik, die in jedem Gesellschaftssystem an bestimmten Erscheinungen möglich sein muß, gleichen Rang. Zur kulturellen Öffnung gehört auch, daß die DDR westliche Medien und Publikationen mehr als bisher zuläßt. Darum wird sie ohnehin nicht herumkommen, denn auch die DDR kann sich den neuen Medien, wie zum Beispiel dem Satellitenfernsehen, gar nicht entziehen.

Mein dritter Ansatz betrifft die wirtschaftliche Öffnung. Kurz gesagt, braucht die DDR ein Wirtschaftswunder, westliches Know How und High Tech. Beides kann sie im Westen, insbesondere von uns bekommen. Nur so kann es zu einer Steigerung des Lebensstandards in der DDR kommen, woran wir ein Interesse haben.

Wenn dieser vielfältige Prozeß der Öffnung, der nicht mit einer Destabilisierung oder einem Verschwinden der DDR von der Landkarte zu verwechseln ist, gelingt, ist eine neue Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen möglich.

Das wichtigste: die SED muß sich wandeln. Nach der Methode der Betonköpfe ist die moderne Welt nicht zu gestalten. Die Bürger der DDR brauchen Perspektiven.

Was können und müssen wir in die zweite Phase der Deutschlandpolitik einbringen? Diese Frage müssen wir uns stellen, denn es genügt nicht, einseitig auf die DDR zu schauen. Auch wir müssen Beiträge leisten. Beispiele: Das Wichtigste ist, daß wir weiterhin vom Grundlagenvertrag und den Ostverträgen ausgehen, keine neue Grenzdiskussion entfachen und von der Illusion Abschied nehmen, wir könnten hier und heute eine aktive Wiedervereinigungspolitik betreiben. In Europa, und das kann jedermann verfolgen, geht der Trend weg vom Nationalstaat und hin zu supranationalen Formen der Zusammenarbeit. Das bedeutet, daß wir im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses laufend Kompetenzen an europäische Institutionen abtreten.

Die SPD schließt auf der anderen Seite auch nichts aus. In welcher Weise die Deutschen eines Tages am Ende eines langen Prozesses das Selbstbestimmungsrecht verwirklichen, kann heute niemand vorhersehen. Und es macht auch keinen Sinn, heute Modelle zu entwerfen, die die Menschen von morgen in ihrer freien Entscheidung binden. Wenn das zu abstrakt ist, dem sage ich: Irgendeine spätere Generation schon heute auf die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands in Form eines Nationalstaates festlegen zu wollen, ist nicht nur illusionär, sondern entspricht auch nicht meiner Vorstellung vom Selbstbestimmungsrecht.

In der zweiten Phase der Deutschlandpolitik müssen wir auf dem Abrüstungs- und Sicherheitssektor als Bundesrepublik Deutschland eine aktivere Rolle spielen. Es reicht nicht, daß wir immer fixiert sind auf das, was die Großmächte tun. Ob sie einmal Raketen stationieren und dann wieder abziehen. Wir müssen eigene Beiträge leisten. Die SPD tut das seit geraumer Zeit, indem sie mit der SED Vorschläge entwickelt. Gemeinsame Papiere zur Errichtung einer chemiewaffenfreien Zone und zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa liegen auf dem Tisch. Jetzt sprechen wir mit der SED über Fragen der konventionellen Stabilität.

Wir meinen, daß wir mit diesen Gesprächen und Vorschlägen wertvolle Beiträge leisten.

Was wir auch einbringen müssen, ist die Bereitschaft zu einer Regelung bei der Elbe-Grenze. Ob es uns gefällt oder nicht, Maßnahmen zur Reinigung der total verschmutzten Elbe und eine Ausweitung des grenznahen Verkehrs auf Hamburg, Hannover und Kiel wird es, so sagt die DDR, erst nach einer solchen Regelung geben.

Einbringen müssen wir in der Bundesrepublik Deutschland auch finanzielle Leistungen. Jedem leuchtet wohl ein, daß es ohne dies im Verhältnis zur DDR nicht geht. Aber nicht jeder ist bereit, für Fortschritte in der Deutschlandpolitik Geld zu opfern. Schon jetzt werden erhebliche Leistungen erbracht. Sie werden in noch größerem Maße in einer zweiten Phase der Deutschlandpolitik notwendig sein. Aber nicht wie Strauß Milliardenkredite vergeben - Leistung und Gegenleistung müssen stimmen. Meine Frage zum Abschluß: was ist zu tun?

Von den politischen Rahmenbedingungen her stehen die Chancen gut. Deutschlandpolitischer Handlungsbedarf besteht.

Zum Beispiel müssen die Gespräche über die Verbesserung der Eisenbahnverbindungen nach Berlin, über ein deutsch-deutsches Luftverkehrsabkommen, über die praktische Ausgestaltung der Abkommen über Umweltschutz, Wissenschaft und Technik viel aktiver geführt werden, als ich dies bei der Bundesregierung beobachte. Gerade in den letzten Wochen zeigte sich, daß vor allem die CDU/CSU mehr mit sich selbst beschäftigt ist als aktive Politik zu betreiben. Ich erinnere nur an die quälende Diskussion um das deutschlandpolitische Papier. Im innerdeutschen Reiseverkehr stehen drängende Entscheidungen an. Die Bundesregierung ruht sich auf den gestiegenen Reisezahlen aus und verweist auf das erhöhte Begrüßungsgeld. Dies löst die finanziellen Probleme, die durch den erhöhten Reiseverkehr entstanden sind, nicht. Unser Vorschlag, mit der DDR darüber zu verhandeln, daß DDR-Bürger in Zukunft eigenes Geld mitbringen und hier umtauschen können, liegt auf dem Tisch. Die Bundesregierung aber zögert. Bei der Frage der Elbe-Grenze und der Auflösung der zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, die für uns keinen praktischen Nutzen mehr hat, ist die Bundesregierung unbeweglich. Und schließlich verweigert sie sich dem sicherheitspolitischen Dialog mit der DDR.

Wenn wir in der zweiten Phase der Deutschlandpolitik, wie ich sie skizziert habe, eine neue Qualität des Umgangs miteinander entwickeln und eine Öffnung der DDR erreichen wollen, müssen wir handeln. Die Menschen in der DDR, von denen viele, wie die Ereignisse der vergangenen Monate gezeigt haben, zu wenig Perspektiven für sich sehen, schauen nicht nur auf ihre Regierung, sondern auch auf uns. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

(-/14.6.1988/rs/ks)

* * *